

Der Schicksalskampf des deutschen Berufsbeamtentums.

Zu diesem Thema, das gegenwärtig eifrig erörtert wird, sprach gestern Abend im „Bettiner Hof“ in einer Versammlung des Ortskartell Niesha des Deutschen Beamten-Bundes der Geschäftsführer des Bundes, Herr Habant.

Der Vorsitzende des Ortskartells Niesha, Herr Bollmeier Knoblich, eröffnete die Versammlung, der u. a. auch der Vorsitzende des Ortskartell Niesha, mit begründeten Worten und gab seinem Befremden darüber Ausdruck, daß der Vortragsabend nicht vor vollem Hause stattfinden könne. Er wies darauf hin, daß das vergangene Jahr ein Jahr schweren Ringens gewesen sei, wobei er besonders der Kollegen im besetzten Gebiet gedachte und ihnen deutsche Grüße entbot. Das laufende Jahr werde und müsse auf vielen Gebieten Entscheidung bringen. Der Schicksalskampf des deutschen Berufsbeamtentums erfordere aber eine geschlossene Beamtenschaft. Darum rufe er allen Kollegen zu: „Deutsche Beamte, seid einig!“

Sodann ergriff der Referent, Herr Geschäftsführer Habant, das Wort, um in reichlich eingehendem Vortrag die Belange der deutschen Beamtenschaft aufzuklären zu erläutern. Seinen nicht nur für die beteiligten Kreise, sondern auch für die Allgemeinheit bedeutungsvollen Ausführungen wurde mit größter Aufmerksamkeit gefolgt, so daß der Vortrag bei allen Hörern einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen haben wird. Der Redner ging zunächst ganz allgemein auf die schwere wirtschaftliche und finanzielle Lage ein, die das gesamte deutsche Volk bedrückt, um anschließend im besonderen das Schicksal des heutigen Berufsbeamtentums eingehend zu erörtern. Es gelte, der Frage näherzutreten: Wo stehen wir, wo gehen wir hin? Fast überall in der großen Öffentlichkeit erhebt sich die Stimme gegen das Berufsbeamtentum, so daß die Beamten alle Veranlassung hätten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und aufzuklären einzutreten. Vor allem gelte es, den oft gehörten Vorwurf, daß ein überreizlicher Beamtenapparat die mangelnde finanzielle Lage in Reich und Staat verschuldet habe, zurückzuweisen und für genügende Aufklärung zu sorgen. Da müsse zunächst hervorgehoben werden, daß die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft im Laufe der Jahre angemessen gestiegen seien, während die Gehälter der Beamten seit dem Jahre 1927, seit Inkrafttreten des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes, keine Aufbesserung erfahren haben, nachdem den Beamten seinerzeit einigermaßen das zugestanden worden sei, was den in der Privatwirtschaft Beschäftigten schon länger zuteil wurde. Wenn man sich heute über die Schicksalsfrage des Berufsbeamtentums unterhalte, so handle es sich um das Problem, von dem die ganze Öffentlichkeit spricht: die Verwaltungsreform. Die Stellungnahme der Berufsbeamten zu der Verwaltungsreformfrage lasse sich mit zwei Sätzen erklären: Sie sind bereit, an einer Verwaltungsreform tatkräftig mitzuwirken, wenn eine Reformierung zum Nutzen des gesamten deutschen Volkes und der ganzen Öffentlichkeit geschieht; sie lehnen es aber mit Nachdruck ab, wenn man eine Verwaltungsreform auf Kosten des Beamtenabbaues unternehmen wolle. Die Berufsbeamten seien der Ansicht, daß eine Reform zunächst bei der Reichsregierung und in den Länderparlamenten einsehen müsse. Es sei nicht nötig, daß insgesamt 76 Minister und über 3000 Parlamentarier, die hohe Summen benötigen, vorhanden seien. Das deutsche Volk könne von einer einzigen Regierung und von einem Parlament regiert werden. Es sei erwiesen, daß des öfteren in den Länderparlamenten nur Wiederholungsarbeit getrieben werde, die bereits im Reichstage erörtert worden sei. Vor allem müsse die Gesetzgebungsmaßnahme angehalten werden. Wenn nach dieser Richtung hin eine Vereinfachung vorausgegangen sei, dann werde eine Vereinfachung des öffentlichen Verwaltungsapparates von selbst eintreten. Die Beamtenschaft werde gern an einer Vereinfachung der Verwaltung mitarbeiten. Als Gründe für die vermeintlich hohen Unterhaltungskosten, die der Beamtenapparat erfordere, werde in der Öffentlichkeit gern die Behauptung aufgestellt, daß Deutschland die meisten Beamten zu unterhalten habe. Die Statistik ergebe aber, daß trotz der erheblich gestiegenen öffentlichen Aufgaben der letzten Jahre die Beamtenzahl nur ein unwesentliches Plus erfahren habe. Ganz zwangsläufig seien die Aufgaben der Beamten gestiegen. Redner erinnerte an die durch die eingetretenen Verhältnisse bedingte Errichtung der verschiedensten Verwaltungsdienste, die natürlich von Beamten besetzt werden mußten. An Hand von errechneten Zahlenmaterial, das der Redner an mehreren Beispielen erläuterte, sei nachgewiesen worden, daß die Beamtengehälter insgesamt nur 6,5 Prozent der gesamten Ausgaben des Reiches erfordern, daß also den Beamten eine Schuld an der ungeheuren Finanzmisere nicht zugeschoben werden könne. Erstreckterweise habe sich der Reichsfinanzminister gegen eine geplante Gehaltskürzung gewandt, allerdings vielleicht nur in der Erkenntnis, daß die Gehaltskürzung einer Kürzung der Gehälter zur Ausgleiche des Reichsdefizits kaum ins Gewicht fallen würden, da nur ein kleiner Prozentsatz als höhere Beamte in Frage kommen würden, während die Gehälter der mittleren und unteren Gehaltsklassen kaum noch zu kürzen seien, denn über 75 Prozent der Beamten beziehen heute noch ein Monatsseinkommen von unter 800 RM. Eine weitere Kürzung der Beamtengehälter bedinge Einschränkung der Lebensgewohnheiten des Einzelnen, wodurch wiederum Handel und Gewerbe in Mitleidenhaft gezogen würden. Außerdem werde eine Kürzung der Beamtengehälter eine Reduzierung der Arbeiterlöhne und Angeheiltententgelt mit sich bringen, was sich ebenfalls nachteilig auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkt auswirken würde.

Dann kam Redner auf die deutsche Steuerpolitik zu sprechen und betonte, daß alle Lohn- und Gehaltsempfänger jeden Pfennig ihres Verdienstes verlieren und dadurch mithelfen, die Reichsfinanzen über Wasser zu halten. Wie sehr es aber um die Steuerfreundschaft anderer Kreise aus? Es sei nicht zu verkennen, daß beispielsweise weite Kreise der Landwirtschaft ebenfalls sehr zu kämpfen haben. Wenn man aber gerade in der Presse des Reichsbundes wiederholt zu lesen bekommen habe, daß der Beamtenkörper die Veranlassung der vielen Steuern gebe, dann müsse die Sache auch einmal von der anderen Seite beleuchtet werden. Und da sei die Festhaltung des preussischen Finanzministers interessant, daß die Zulagen an die Landwirtschaft weit über die Steuererleichterungen der Landwirtschaft hinausgehen. So habe die Landwirtschaft nicht die Beamtenschaft unterstützt, sondern umgekehrt. Man spreche so gern von der ungeheuren Finanzmisere des Reiches. Aber man wisse auch, daß über 800 Millionen Steuererleichterungen geblieben sind. Da müsse man sich fragen, ob es nicht möglich sei, wenigstens einen Bruchteil dieser enormen Summe einzusparen. Es sei zu fordern, daß die Reichsregierung ihre Maßnahmen prüfe. Bei gutem Willen sei es vielleicht doch möglich, noch etwas herauszuholen.

Dann wandte sich Redner dem Schmerzenskind der deutschen Regierung, der Arbeitslosenvergesung, und dem in deren Zusammenhang geplanten Rotopfer der Beamten zu. Das Rotopfer nur den Beamten aufzuerlegen, müsse als eine einseitige und unsoziale Maßnahme bezeichnet werden. Es wäre unerträglich, wenn das Rotopfer allein auf die Beamten beschränkt, dagegen alle Kreise der Bevölkerung und alle sonstigen Einkommensarten davon befreit würden. Die Beamtenschaft sei jederzeit bereit, in der Not dem Volke zu dienen, sie sei bereit, Opfer zu bringen, doch dürfe diese keine einseitige Belastung sein. Die Not der Erwerbslosen zu mildern, sei Sache des Volkes, und deshalb müßten alle leistungsfähigen Schultern herangezogen werden. Wenn man schon Gehehe schaffe, so solle man sie auf alle Schultern ausdehnen. Unter diesen Voraussetzungen sei auch die Beamtenschaft bereit, mitzuwirken.

Nunmehr streifte der Vortragende nochmals die Frage der Verwaltungsreform. Nach den Erfahrungen könne man feststellen, daß der Gedanke in der Öffentlichkeit bei weitem nicht genügend geklärt ist. In der Öffentlichkeit wurzele die Meinung, gehe es der Wirtschaft, dem einzelnen Betriebe, schlecht, dann liege es an der „schlechten Zeit“, gehe es aber dem Reiche schlecht, dann seien daran die Beamten schuld. Redner erinnerte an die Schicksalsfrage des Berufsbeamtentums, die dieser Verwaltungsreformfrage gewidmet habe, die ja auch im Landtage befürwortet worden sei. Im strikten Gegensatz aber stehe die Festhaltung, daß diejenigen, die im Landtage für die Verwaltungsreform eingetreten sind, bestig dagegen protestieren, wenn in den von ihnen vertretenen Städten die Verwaltungsreform einsehen solle. Wie solle denn eine Regierung zu praktischer Arbeit kommen! Jedenfalls müsse man über die ganze Angelegenheit sehr pessimistisch denken. Wegen eines Versuches, die Tätigkeit der Berufsbeamten zu politisieren, müsse man sich energisch verwehren. Redner erinnerte an die bekannten Zustände in Chicago, wo beispielsweise bei der Polizei die Befehlsgewalt eine große Rolle spielte. Wollte man hierzu den Berliner Scharlachband ins Feld führen, so sei bisher festgestellt worden, daß an dem Standal noch nicht ein einziger Berufsbeamter beteiligt sei. Die Berufsbeamten sählten sich als Diener der Gesamtheit, als Diener des Staates auf Lebenszeit. Durch ihren Dienst würden sie sich verpflichtet, im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten. Sie verlangten aber auch, daß ihre Arbeit genügend gewürdigt werde. Die Beamtenschaft sei gern bereit, allen Kreisen die Hand zu bieten, die mit ihr um gemeinsame Interessen würden.

Schließlich wurde noch auf die Kämpfe um das Beamtegesetz hingewiesen. Es müsse verlangt werden, daß dieses Gesetz auf der Grundlage des Rechtes aufgebaut werde.

Redner betonte nochmals ausdrücklich, daß das Beamtentum für den Aufbau des deutschen Staates nicht entfremdet werden könne. Mit dem Appell an die Kollegenschaft, überall aufzuklären zu wirken und kundzugeben, daß sich die Berufsbeamtenschaft in erster Linie berufen fühle, mitzuwirken, um das deutsche Reich wieder auf die Höhe zu bringen, nach der wir uns alle sehnen, schloß Herr Habant seine mit starkem Beifall aufgenommenen Vorträge.

Nach kurzer Pause setzte eine anregende Aussprache ein, zu welcher als erster Redner der Vorsitzende des Ortskartells Niesha, Herr Oberkreuzer Büchner, das Wort erhielt. Er unterstrich im wesentlichen die gehörten Ausführungen des Referenten und ging auch unter Anführung von Beispielen auf die vielerorts wahrzunehmende Unklarheit über die Beamtentätigkeit und das Beamtenschtal des näheren ein. Er unterließ aber auch nicht, die Beamtenschaft zu warnen, zu „putzieren“, wobei er in besonderen die Einrichtung der sogenannten „Selbsthilfestellen“ kritisierte, weil dadurch das große Publikum in der Meinung gestärkt werde, daß der Beamtenschaft besondere Vorteile erwachsen. Letzten Endes seien aber die „Selbsthilfestellen“ nicht eigene Sache der Beamten, die Vorteile lägen auf anderer Seite.

Als nächster Redner beauftragte sich der Postbeamte Herr Neuhorn im besonderen mit der Schicksalsfrage der unteren Beamtensklassen. Er wies nachdrücklich

auf die obwaltenden Verhältnisse hin, die der gesamten Berufsbeamtenschaft zu denken geben müßten.

In seinem Schlusswort kritisierte der Referent u. a. die Frage des Beamtenabbaues und die damit verbundene Einstellung von Angeheiltent und Geistes. Die Angriffe, die besonders in verschiedenen Fachschriften der privaten Wirtschaft gegen die Beamtenschaft erhoben werden, wies Redner zurück. Sowohl er, wie auch zuvor der Vorsitzende des Ortskartells Niesha, erkannten dankbar an, daß die Nieshaer Tageszeitungen nicht heftig gegen die Beamtenschaft vorgehen, sondern auch die Belange der Beamten unterhalten, wie dies im großen und ganzen auch bei dem größten Teile der sächsischen Tageszeitungen der Fall sei.

Mit dem Erlauchen an alle Kollegen, tatkräftig mitzuwirken und vor allem fleißig Aufklärungsarbeit zu treiben, schloß der Ortskartell-Vorsitzende gegen 11 Uhr die anregend verlaufene Versammlung.

Sonntagsgedanken

für Sonntag, den 9. März 1930: Sonntag Invocavit. „... auf daß er vom Teufel verführt würde.“ Matth. 4,1.

Eine weltverbreitete Verwechslung.

Drei Verfassungen stehen vor Jesus am Anfang seines Weges: Den Menschen Brot geben und Wunder und „alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit“. Er weiß sie ab und bringt — nur Gott. Nur ein Wort von Gott, freilich das entscheidende und alles lebende Wort von Gott, aber eben nur dieses und nichts anderes dazu. Was Wunder, daß man ihn kreuzigt.

Was begehrt heute der Mensch von Gott? Dasselbe: Brot und Wunder und alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit. Man will doch für seinen Glauben etwas „haben“, und man will das haben. Daran denkt, wer die Hände falte und es einmal mit Gott „versucht“. Da zu soll die Kirche das helfende Rezept geben. Und weil sie das nicht hat und gar keine Vollmacht dazu hat, ruft man das „Kreuzigt!“ und folpertiert das Schlagwort, die Kirche habe versagt. Aber hier wird zweierlei verwechselt: Gott und der Mammon! Hier richtet menschliche Beschränktheit statt der Majestät Gottes die eigene Majestät auf und verwechselt das Paradies — mit dem Scharlachband.

So geht das nicht! Am Anfang aller Religion steht immer die gleiche Entscheidung: Gott oder der Mammon. Wer an die Religion herangeht, muß sich darüber ganz klar sein, daß es hier um Gott geht und um nichts anderes dazu, was wir auch gern hätten. Und wenn man schon die Kirche an irgendeinem Nachtag messen will, dann nur daran, ob sie mit der ganzen ersten Dringlichkeit, die hier voranden ist, auf Gott hinweist und sein Wort weiterführt. Und da — wird man schließlich von einem Versagen reden dürfen. St.

Gemeinschaftliches Singen der Schulköre der Nieshaer Volksschulen zugunsten des künftigen Hilfswertes am Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr im Capitol.

Ein edler Zweck ist es, der die Schulköre der 5 Nieshaer Volksschulen zu dem letzten Ereignis einer großen, gemeinsamen Gesangsveranstaltung durch Kinder zusammenführt. Unter der Leitung von Doris Krause werden schöne alte und neue Lieder aus jugendlichem und sangfreudigem Munde erklingen. Die Vortragsfolge verzehnet — neben einigen anderen musikalischen Stücken — folgende Lieder:

1. a) Deutschland, von Bauknern.
- b) Neuer Morgen, von Wilck.
- c) Mein Vaterland, von Wangold.
2. Sonatine (vierhändig) für Klavier, von Diabelli.
3. a) Der Lindenbaum, von Schubert.
- b) Das gerbrochene Ringlein, von Gluck.
- c) Kennen von Tharau, von Gölcher.
4. a) Militärmarsch und b) Ungarischer Marsch für Violine und Klavier, von Schubert.
5. a) Das' Sonne im Herzen, von Denniker.
- b) Hedenkind, von Jode.
- c) Das Federlied, von Licht.

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfennig (Barkett), 75 Pfennig (1. u. 2. Rang) und 1 Mark (Logen) vermitteln sämtliche Nieshaer Volksschulen; außerdem sind Karten an der Abendkasse zu haben (Gebühr für Kleiderablage ist dabei eingeschlossen). Es darf wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß der Veranstaltung, deren gesamtweiser Erlös dem künftigen Hilfswert zugeführt wird, ein reger Besuch beschieden ist.

Besichtigung der Feuerlöscheinrichtung bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft.

Am vergangenen Dienstag wurden die im Bereiche der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, Verladestelle Niesha-Dafen, neu geschaffenen Feuerbekämpfungseinrichtungen von dem städt. Feuerwehr-Ausschuß, sowie von den Kommandos sämtl. Nieshaer Feuerwehren besichtigt, die, wie schon jetzt erwähnt, eine Einrichtung ist, auf welche genannte Gesellschaft mit berechtigtem Stolz blicken kann und weitgehendst ausreichenden Schutz gewährleistet.

Schon beim Eintritt in das Gelände und beim Betreten der nach dem Umbau erweiterten Anlage bemerkte man, und wurde auch darauf hingewiesen, daß alle, auch die kleinsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen sind, um auf alle Fälle Feuergefahr zu verhüten. Nicht nur, daß die mit großen Lettern geschriebenen Schilder „Rauchen polizeilich verboten“ auf die enorme Feuergefahr aufmerksam machen, nein, sogar die Teilnehmer wurden aufgefordert, Zündhölzer und Feuerzeuge vorher abzugeben.

Zunächst wurde die Beschäftigung der Schaumlöschzentrale vorgenommen, die sich in einem besonders dazu erbauten massiven Gebäude befindet. In zwei großen, aufrecht stehenden Behältern von je 20 Kubikmeter Inhalt befinden sich die Chemikalien und zwar Acetum und Nautrium, fertig zum jederzeit sofortigen Gebrauch. Des weiteren befindet sich in demselben Gebäude die Motorenanlage und zwar ein Elektro- und ein Benzolmotor, um bei etwaigem Versagen des einen sofort den anderen Motor in Betrieb setzen zu können. Beide Anlagen wurden vorgeführt und arbeiteten einwandfrei. Damit nun jederzeit auch die Chemikalien, die mit Wasser gemischt sind, gebrauchsfähig sind, werden diese in bestimmten Zwischenräumen, und zwar jeder Behälter für sich, durch Motorenkraft umgewälzt.

Aus diesen Behältern fließt je eine Hauptleitung in das Rohrnetz, das wieder mit jedem einzelnen der mit Mineralölen belagten Tanks verbunden ist. In jedem dieser Tanks befinden sich 2 zur Decke führende starke Röhre, an deren unterem Ende die zwei Röhre, welche die in der Zentrale bereitgestellten kästigen Chemikalien verteilt und sofort schaumbildend durch Motorenkraft in diesem aufsteigenden Rohre bis zur Decke in die Höhe treiben. Der gebildete Schaum verteilt sich dann sehr schnell durch die im Rohrnetz angeordneten Röhren und hat einen Durchmesser

Aufstellung der Schüler und Schülerinnen der Oberrealschule Niesha nach Berufen, denen sie entstammen, nach dem Stande vom 3. Februar 1930.

	O1	U1	O2	U2a	U2f	U2m	O3e	O3f	O3m	U3a	U3b	U3m	4a	4b	5a	5b	6a	6b	8a
Arbeiter	0	3	2	2	6	1	9	3	1	3	1	0	2	2	3	5	4	5	32
Handwerker, Gewerbetreibende	1	1	1	4	1	2	1	3	0	1	3	2	1	3	1	0	3	2	30
Industrielle	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	2	1	1	1	0	0	0	0	8
Auflaute	2	2	3	1	1	2	3	4	0	1	3	1	3	2	2	3	1	1	35
Untere Beamte	2	3	2	2	0	0	2	4	0	1	4	0	3	0	4	0	1	4	32
Mittlere Beamte	9	6	6	3	5	1	4	5	0	5	3	5	4	2	10	4	3	0	75
Öbhere Beamte	1	0	2	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	2	11
Geistliche	1	1	1	0	0	1	0	1	0	2	0	1	0	0	0	0	0	0	8
Offiziere und Soldaten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	2
Landwirte	1	0	1	1	0	2	0	1	0	2	5	0	2	6	2	2	2	1	28
Lehrer	3	1	2	3	0	0	0	1	2	1	1	1	0	3	3	2	2	2	27
Sonst. Angeheiltente	3	3	6	2	4	1	6	11	5	6	4	2	8	6	5	7	6	4	89
Freie Berufe	1	0	0	1	1	2	0	3	4	5	1	0	2	1	0	1	0	0	22
Klassensätze	24	20	26	19	18	14	25	37	14	28	27	13	26	26	34	25	22	21	419

Die Veröffentlichung obiger Aufstellung entspricht einem Beschlusse der Stadtverordneten in der Sitzung vom 25. Februar d. J.